

BA-Chef watscht Politiker ab

- ▶ **Scheele: Hartz-IV-Debatte hilft keinem Arbeitslosen.**
- ▶ **Behördenleiter kritisiert hohe Verwaltungsausgaben.**



Arbeitsagenturchef Detlef Scheele hält die Grundsicherung für unterfinanziert. dpa

Arbeitslosenquote sinkt

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im März im Vergleich zum Vormonat um 88 000 auf 2,46 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Wert in diesem Monat seit der Wiedervereinigung. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Erwerbslosen um 204 000 zurück, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Punkte auf 5,5 Prozent. „Wir werden uns in den nächsten Monaten der Zwei-Millionen-Marke nähern“, sagte BA-Chef Detlef Scheele.

gehen, den von Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarten sozialen Arbeitsmarkt für etwa 150 000 Langzeitarbeitslose umzusetzen.

Der BA-Chef ist darüber nach eigenen Worten auch mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Gespräch. Nach BA-Vorstellungen solle es bei der öffentlich geförderten Beschäftigung um Menschen gehen, die seit vier bis fünf Jahren langzeitarbeitslos seien. Vorstellbar sei ein Lohnkostenzuschuss in Höhe von 75 bis 80 Prozent. Man müsse aber „gucken, was nachher im Gesetz steht“. Damit werde die BA in den Stand versetzt, „einen sozialen Arbeitsmarkt mit guten Arbeitsverhältnissen zu schaffen, die Menschen auch eine gewisse Würde geben, wenn sie abends nach Hause kommen und ihren Kindern sagen, was sie den Tag über gemacht haben“.

Scheele erinnerte daran, dass die Grundsicherung für Arbeitsuchende seit Jahren strukturell unterfinanziert sei. „Wir brauchen mehr Geld im SGB II“, sagte er mit Blick auf das Sozialgesetzbuch, das die Hartz-IV-Vorschriften enthält. Für Verwaltungsausgaben würden 62 Prozent des Geldes aufgewandt, für aktive Arbeitsmarktpolitik nur 38 Prozent. dpa/rtr

Russland fordert im Fall Skripal Akteneinsicht

Russische Behörden haben Großbritannien offiziell um Einblick in die Ermittlungen zu dem Giftanschlag auf Yulia Skripal gebeten. Die Tochter des Ex-Agenten Sergej Skripal sei russische Staatsbürgerin, hieß es in einer Mitteilung des Staatlichen Ermittlungskomitees in Moskau. Die britischen Behörden wurden aufgefordert, Kopien ihrer Akten zu dem Mordanschlag auf Vater und Tochter von Anfang März zu übermitteln. Großbritannien macht

Russland für die Gift-Attacke verantwortlich.

Als Reaktion auf westliche Strafmaßnahmen in dem Fall erwägt Russland angeblich die Schließung des US-Generalkonsulats in St. Petersburg. Das berichtete die Zeitung „Iswestija“ unter Berufung auf Quellen im russischen Außenministerium. In Solidarität mit Großbritannien haben die USA und die meisten EU-Staaten, darunter Deutschland, russische Diplomaten ausgewiesen. dpa

ANZEIGE

19. Handelsblatt Jahrestagung

Chemie 2018

24. und 25. April 2018, Düsseldorf

Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter: 0211.96 86 – 38 45

Euro
Stand 14 Uhr
+0,1 %
1,2325
US\$

 **Top-Klick auf handelsblatt.com**
Opel will mit Abfindungen Personal abbauen

DAX
Stand 14 Uhr
+0,8 %
12 040

Konzeption und Organisation:

EUROFORUM

Handelsblatt

Trumps Leibarzt beerbt gefeuerten Veteranenminister

US-Präsident Donald Trump hat den in die Kritik geratenen Veteranenminister **David Shulkin (li.)** entlassen. Zum Nachfolger ernannte er überraschend seinen Leibarzt im Weißen Haus, **Ronny Jackson.** Als Mitglied der Streitkräfte sei Jackson hochqualifiziert für den Job, erklärte Trump. Er habe aus erster Hand erfah-



ren, welche Opfer Veteranen erbrächten. Jackson ist Konteradmiral der US-Marine. Er muss vom Senat bestätigt werden.

Shulkin stand in seinem Ministerium wegen einer Reise nach Europa im vergangenen Sommer unter Beschuss. Eine interne Untersuchung war zu dem Ergebnis gekommen, dass seine Frau auf Kosten des Steuerzahlers mit ihm mit geflogen war und dass er einen Großteil der dienstlichen Reise mit Sightseeing verbracht hatte. Laut dem Untersuchungsbericht nahm der Minister zudem unerlaubterweise Tickets für das Tennisturnier in Wimbledon an. Er erregte auch mit medialen Alleingängen den Unmut des Weißen Hauses.

dpa

Schlag gegen den Terror in Italien

- Polizei nimmt bei Razzia fünf mutmaßliche Islamisten fest.
- Zelle hatte Verbindungen zum Berliner Attentäter Amri.

Mehrere mutmaßliche Komplizen des Berliner Weihnachtsmarkt-Attentäters Anis Amri sind in Italien festgenommen worden. Die Polizei in Rom und der nahegelegenen Stadt Latina fasste fünf Verdächtige, wie die Ermittler heute mitteilten. Bei der groß angelegten Anti-Terror-Razzia habe es darüber hinaus auch in Viterbo, Matera, Neapel und Caserta Aktionen gegeben.

Es soll sich um ein Terrornetz gehandelt haben, zu dem Amri Kontakte hatte. Einer der Festgenommenen soll Amri Dokumente verschafft haben, um nach Deutschland auszureisen. Den Verdächtigen, die alle aus Tunesien stammen sollen, werden unter anderem Aktivitäten zum internationalen Terrorismus, Begünstigung von illegaler Einwanderung und Dokumentenfälschung vorgeworfen, wie italienische Nachrichtenagenturen berichteten.

Amri hatte am 19. Dezember 2016 bei seinem Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt zwölf Menschen getötet. Er wurde



Francesco Messina, Polizeichef in Turin, nach der gestrigen Festnahme. dpa

kurz darauf vor Heiligabend auf der Flucht bei Mailand erschossen. Der gebürtige Tunesier war einst mit einem Flüchtlingsboot in Italien angekommen und saß dort längere Zeit in einem Gefängnis, wo er sich auch radikalisiert haben soll. Seit langem wird in Italien ermittelt, welche Kontakte er dort hatte.

In den vergangenen Tagen gab es in Italien mehrere Anti-Terror-Aktionen. Das Innenministerium erhöhte daraufhin noch einmal die Sicherheitsvorkehrungen.

Gestern wurde ein mutmaßliches Mitglied der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Turin gefasst. Der Mann mit marokkanischen Wurzeln soll sich unter anderem informiert haben, wie man mit einem Lastwagen einen Anschlag verüben könnte. Gegen 13 andere Verdächtige wird ermittelt.

Zuvor wurde ein Haftbefehl gegen ein anderes mutmaßliches IS-Mitglied vollstreckt, das Kinder zu Selbstmordattentaten aufgerufen haben soll. Innenminister Marco Minniti hatte gestern die Bedrohung Italiens durch IS-Sympathisanten höher denn je eingestuft. Dies sei darauf zurückzuführen, dass nach den Niederlagen des IS in Syrien und im Irak immer mehr ausländische Kämpfer via Italien nach Europa zurückzukehren versuchten.

dpa/rtr

Türkei nimmt 70 Offiziere fest

Türkische Staatsanwälte haben laut Medienbericht die Festnahme von weiteren 70 Armee-Offizieren angeordnet, denen Verbindungen zum Netzwerk des im US-Exil lebenden Predigers Fetullah Gülen vorgeworfen werden. Die Polizei habe gleichzeitige Razzien in 38 Provinzen vorgenommen, um die Haftbefehle zu vollstrecken, berichtete der Sender CNN Türk. Nach Angaben des UN-Menschenrechtsbüros hat die Türkei nach dem Putschversuch rund 160 000 Menschen festgenommen.

USA kürzt Budget für Blauhelm-Einsätze

Die USA wollen in Zukunft weniger Geld für die Friedensmissionen der UN-Blauhelme ausgeben. Der US-Anteil werde in Zukunft bei 25 Prozent liegen, sagte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, gestern in New York. Bislang steuerte Washington etwas mehr als 28 Prozent zum Budget für die UN-Blauhelmeinsätze bei.

Nobelpreisträgerin Malala zurück in Pakistan

Mehr als fünf Jahre nach einem Mordversuch durch die Taliban ist die Friedensnobelpreisträgerin **Malala Yousafzai** in ihr Heimatland Pakistan zurückgekehrt. Die Kinderrechtsaktivistin traf überraschend am Morgen auf dem Flughafen der Hauptstadt Islamabad ein. Nur Stunden später traf sie bereits Ministerpräsident Shahid Khaqan Abbasi.



Koreanisches Gipfeltreffen schon im April

Südkoreas Präsident Moon Jae In und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un werden am 27. April zum dritten Gipfeltreffen zwischen beiden Ländern zusammenkommen. Auf den Termin des bereits Anfang März vereinbarten Spitzentreffens einigten sich Vertreter beider Seiten bei Vorberei-

tungsgesprächen im Grenzort Panmunjom, wie das Vereinigungsmministerium in Seoul heute mitteilte. Bei dem Treffen, das auf südkoreanischer Seite von Panmunjom stattfinden soll, will Moon neben der Verbesserung der Beziehungen auch Schritte zum Abbau des nordkoreanischen Atompro-

gramms zur Sprache bringen. Die Einigung auf einen neuen gesamt-koreanischen Gipfel wie auch ein potenzielles Treffen zwischen Kim Jong Un und US-Präsident Donald Trump bis spätestens Ende Mai haben zuletzt die Hoffnung auf eine Lösung des Atomstreits mit Pjöngjang genährt.

Dazu gehörte auch ein überraschender Besuch Kims in dieser Woche in Peking. Bei Gesprächen mit Staatschef Xi Jinping hatte Nordkoreas Machthaber nach Berichten chinesischer Medien seinen Willen zur Beseitigung der Atomwaffen unter bestimmten Bedingungen bekräftigt.

dpa

Impressum Handelsblatt News am Abend

Verlag: Handelsblatt GmbH

Geschäftsführung:

Frank Dopheide,
Ingo Rieper,
Gerrit Schumann

Corporate Editions:

Andrea Bartusch
Tel.: 0211-887-1097
E-Mail: a.bartusch@vhb.de

Redaktion:

Sven Afhüppe (verantw.)
Peter Pfister (Red.-leitung),
Regine Palm
Producing: Heide Braasch

Anschrift:

Toulouser Allee 27
40211 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de
www.newsamabend.com

Deutschlands Staatsschulden 2017 weiter gesunken

Deutschlands Schuldenberg ist dank sprudelnder Steuereinnahmen und niedriger Zinsen im vergangenen Jahr wieder ein Stück kleiner geworden. 2017 verringerten sich die Staatsschulden um rund 53 Milliarden Euro auf knapp 2,1 Billionen Euro, wie die Bundesbank in Frankfurt heute mitteilte.

Hunderte Atomtransporte über deutsche Häfen

Über die Häfen Hamburg und Rostock sind in den vergangenen Jahren Hunderte Atomtransporte abgewickelt worden. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervor. Demnach wurden seit 2011 mindestens 400 nukleare Güter wie frische Brennstäbe oder Uran in den Häfen Hamburg und Rostock umgeschlagen. Etwa 300 der Transporte liefen über Autofähren, häufig reguläre Ostsee-Passagierfähren. In den meisten Fällen war Deutschland Transitland.

Regierung plant erstes Abschiebezentrum bis Herbst

Bis zum Herbst will das CSU-geführte Bundesinnenministerium ein erstes Rückführungszentrum für Flüchtlinge in Betrieb gehen lassen. Das Vorhaben werde „höchst prioritär betrieben“, sagte Innenstaatssekretär Stephan Mayer (CSU) der „Süddeutschen Zeitung“. Das Zentrum werde „in Verantwortung der Bundespolizei“ betrieben. Es solle als Modell für die Ankerzentren dienen, in denen das gesamte Asylverfahren abgewickelt werden soll.

Länder sparen an Kliniken

- ▶ **Investitionslücke liegt bei drei Milliarden Euro.**
- ▶ **Häuser gleichen Fehlbetrag mit mehr Behandlungen aus.**

Peter Thelen Düsseldorf

Noch immer finanzieren die Bundesländer die Krankenhäuser nicht genug. Gerade einmal die Hälfte wird dieses Jahr voraussichtlich von den Bundesländern gedeckt. In den vergangenen Jahren sah das nicht anders aus. Die Investitionslücke lag bei etwa drei Milliarden Euro - der Investitionsstau wird immer größer.

Zu diesem Ergebnis kamen gestern in einer gemeinsamen Stellungnahme der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), der Verband der privaten Krankenversicherungen und die Deutsche Krankenhausgesellschaft.

Der fatale Nebeneffekt der chronischen Unterfinanzierung: Um trotzdem die Gebäude und Geräte in Stand zu halten, versuchen Krankenhäuser im laufenden Geschäft Überschüsse aus den Zahlungen der gesetzlichen Kran-



Krankenzimmer: Die Zahl der Behandlungen in deutschen Kliniken steigt. dpa

kassen für die Behandlung von Patienten zu erzielen.

Das sei auch die Ursache dafür, dass in Deutschland besonders viele Patienten im Krankenhaus landen. Der aktuelle Krankenhausreport des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen zeigt, dass die Zahl der Behandlungsfälle seit 1995 um mehr als 30 Prozent gestiegen ist, während sie im Rest

der EU stabil blieb. Damit liegt die Anzahl der Behandlungsfälle derzeit um 50 Prozent über dem EU-Schnitt.

Die Finanzierung der Krankenhäuser erfolgt in Deutschland über zwei Säulen: Die gesetzlichen Krankenkassen und die Private Krankenversicherung tragen die Betriebskosten, etwa für die abgerechneten medizinischen Leistungen und das Klinikpersonal. Die Bundesländer verantworten die Investitionen und zwar sowohl für die Klinikgebäude als auch deren Erhaltung, sowie medizinischen Großgeräte, die im Krankenhaus zum Einsatz kommen.

Doch hier fehlt seit Jahren Geld. Das Institut für Entgeltsysteme hat gerade den Bedarf der Kliniken ermittelt. Anhand der im vergangenen Jahr gestellten und behandelten Diagnosen wurde errechnet, dass Investitionen in Höhe von sechs Milliarden Euro von Nöten sind - ähnlich wie in den vergangenen Jahren.

AOK fordert digitalen Neustart

Der Chef des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, hat die elektronische Gesundheitskarte für gescheitert erklärt und einen Neustart bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens gefordert. Seit fast 20 Jahren werde in die Karte investiert, bislang gebe es keinen Nutzen, sagte er der „Rheinischen Post“. „Das ist eine Technologie aus den 90er-Jahren, die zu Monopolpreisen aufrechterhalten wird“, sagte er. „Ich hoffe, dass der neue Gesundheitsminister die Zeichen der Zeit erkennt und die Digitalisierung auf neue Füße stellt.“ Minister Jens Spahn hat angekündigt, er wolle die Einführung einer voll funktionierenden elektronischen Gesundheitskarte beschleunigen. dpa

Militärtransporter nur bedingt einsatzfähig

Airbus scheidet einem vertraulichen Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums zufolge weiter daran, wesentliche Probleme beim Militärtransporter A400M abzustellen. Weil die vielen IT-Systeme zur Einsatzplanung nicht vernetzt seien, müssten vor jedem Flug umfangreiche Datenmengen etwa zum Spritverbrauch von Hand zwischen den einzelnen Anwendungen ausgetauscht werden, heißt es im vertraulichen Teil des Rüstungsberichts, der Reuters heute vorlag. „Dies kann für einen Hin- und Rückflug bis zu über 50 Mann-Stunden Vorbereitungszeit in Anspruch nehmen, was aus operationeller Sicht nicht akzeptabel ist und deutlich verkürzt werden muss.“ Airbus

lehnte eine Stellungnahme ab.

Kurzfristige Einsätze zur Evakuierung Verwundeter oder in der Katastrophenhilfe seien „mit diesem enormen Vorlauf nicht durchführbar“, heißt es im Bericht. Zudem könnten Einsätze „wegen dieses übermäßigen Zeitbedarfs“ nicht kurzfristig geändert werden. Dies habe zur Folge, dass unabhängig von der Größe der deutschen A400M-Flotte mit dem bisher vorgesehenen Personal nur zwei Missionen pro Woche mit dem Flugzeug geplant und vorbereitet werden könnten. Kurzfristig zu planende Einsätze seien derzeit nur mit Hilfe eines Ausweichverfahrens möglich, das aber zu Einschränkungen bei der Beladung der Maschine führe. rtr

Puigdemonts Anwälte appellieren an Berlin

Die Anwälte des in Deutschland festgenommenen früheren katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont haben die Bundesregierung aufgefordert, eine Auslieferung ihres Mandanten nach Spanien zu verhindern. Man erwarte von der Bundesregierung, dass sie von ihrer „im Gesetz ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch ma-

chen wird, die Auslieferung von Carles Puigdemont nicht zu bewilligen“, hieß es in einer schriftlichen Erklärung der Anwälte Wolfgang Schomburg und Sören Schomburg. Die Vorwürfe gegen Puigdemont seien unbegründet und das Auslieferungersuchen gegen ihn unzulässig. Die politischen Gründe für die Strafverfolgung seien offensichtlich. dpa

Der ungeliebte Bürgermeister

Das Schild im Fenster des evangelischen Pfarrhauses im baden-württembergischen Burladingen beschreibt die aktuelle Stimmung in der Kleinstadt: „Der Bürgermeister dieser Kommune spricht nicht in meinem Namen.“ Die Frau des Pfarrers, Karin Dinkelacker, hat es vor gut einem Jahr aufgehängt, nachdem Bürgermeister Harry Ebert den Besuch des Gemeinderats in einer Flüchtlingsunterkunft als „Asylantenschau“ und die Gemeinderäte als „Land-eier“ bezeichnet hatte.

Ebert galt schon damals als AfD-nah. „Als klar wurde, dass er nach rechts wegschlittert, wusste ich: Ich muss was machen“, sagt Dinkelacker. Zum Entfernen des Schildes habe ihr der Bürgermeister seither keinen Anlass gegeben. Im März wurde Eberts Eintritt in die AfD bekannt.

Der Schritt hat kaum jemanden überrascht und doch viele aufgeregt in dem 5500-Einwohner-Städtchen auf der Schwäbischen Alb. Jenseits eines Kreisverkehrs sieht man das Zeichen der Firma Trigema, größter Arbeitgeber dort. Heute ist der Ort weit über die Stadtgrenzen hinaus wegen seines AfD-Bürgermeisters bekannt, weil er der erste in ganz Baden-Württemberg ist. Etliche Burladinger fürchten einen Imageschaden. Mit dem Bürgerbündnis „Burladingen ist bunt“ wollen sie ein Gegengewicht in der öffentlichen Wahrnehmung bilden. „Wenn man den Ort auf den AfD-Bürgermeister redu-

Burladingen hadert mit seinem Bürgermeister, nachdem der in die AfD eintrat. Die Stadt ist in Aufruhr.



Harry Ebert: Er sieht seinen AfD-Eintritt als Privatsache an. dpa

zieren würde, ergäbe sich ein ganz falsches Bild“, sagt Pfarrer Christoph Dinkelacker. Kürzlich hat sich der ganze Gemeinderat, der in Burladingen aus CDU und Freien Wählern besteht, als Unterstützer des Bündnisses auf deren Homepage eintragen lassen.

Ebert ist seit 1999 Bürgermeister. Er ist in seiner dritten Amtszeit und bis 2023 gewählt. Den AfD-Eintritt sieht der 57-Jähri-

ge als Privatsache an. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Michael Eisele, widerspricht: Das Amt lasse sich nicht von der Person trennen. Der Fall spalte Burladingen. Neben denen, die Ebert Kontra gäben, gebe es auch Bürger, die ihn gewähren lassen wollten. „Dabei geht es um das immerwährende Problem der Flüchtlinge“, sagt Eisele. Burladingen hat eine Unterkunft für zehn bis 20 Flüchtlinge.

Seit der „Land-eier“-Affäre im Januar 2017 ist auch das Vertrauen im Gemeinderat dahin. Ebert hatte sich für die Beleidigung entschuldigt. Doch das Landratsamt führt ein Disziplinarverfahren gegen ihn. Bis vor eineinhalb Jahren habe Ebert viel für Burladingen erreicht, sagt die Fraktionschefin der Freien Wähler, Rosi Steinberg. Heute sei die Zusammenarbeit mit ihm aber „absolut unkonstruktiv“. „Das Deprimierende an der Sache ist, dass ein Bürgermeister nicht abgewählt werden darf.“ Sie fordert von der Landesregierung eine Gesetzesänderung. Auch Trigema-Chef Wolfgang Grupp hatte Neuwahlen aufgrund des Parteieintritts gefordert. Im Bürgermeister-Büro versichert Ebert, seine Parteizugehörigkeit werde in seiner Politik keine Rolle spielen. Die Forderung nach Neuwahlen kann er nicht nachvollziehen. Schließlich sei er auch kurz nach seiner ersten Wahl in die CDU eingetreten - und zu Beginn der zweiten Amtszeit wieder ausgetreten. Damals habe niemand diese Forderung erhoben. dpa

Chemie 2018

19. Handelsblatt Jahrestagung | 24. und 25. April 2018, Düsseldorf

Jetzt anmelden

Chemie 4.0 - Aufbruch in eine neue Ära

INNOVATIVE GESCHÄFTSMODELLE
ONLINE-PLATTFORMEN
ZIRKULÄRE WIRTSCHAFT
RESSOURCENEFFIZIENZ
VISION 2050



Dr. Kurt Bock
Vorstandsvorsitzender,
BASF SE;
Präsident, VCI



Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Minister für Wirtschaft,
Innovation, Digitalisierung
und Energie des Landes
NRW



Dr. Markus Steilemann
CCO,
Covestro AG

handelsblatt-chemie.de
HBChemie
0211.96 86 - 3845

Mit freundlicher Unterstützung von:

Deloitte **CAMELOT**
Management Consultants

Konzeption und Organisation:

EUROFORUM **Handelsblatt**

Tata reagiert auf IG-Metall-Sorgen

Der indische Konzern Tata hat auf Befürchtungen der IG Metall reagiert, die Stahlfusion mit Thyssen-Krupp könnte zulasten der deutschen Seite gehen. Die Gewerkschaft befürchtet, Tata wolle Gewinne seines niederländischen Werks in Ijmuiden nicht in das Gemeinschaftsunternehmen einbringen. Dazu erklärte ein Tata-Sprecher heute, beide Unternehmen hätten sich verpflichtet, einen einheitlichen Rahmen für alle Geschäftsbereiche zu entwickeln.

Die IG Metall hatte zuvor ihr Ja zur Stahlfusion infrage gestellt. Sie befürchtet, dass die deutschen Standorte alleine für mögliche Verluste etwa im britischen Tata-Stahlwerk Port Talbot aufgenommen müssten. „Das machen wir nicht mit“, sagte der IG-Metall-Gewerkschaftssekretär und Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Thyssen-Krupp AG, Markus Grolms. Die Gewerkschaft hat für den Zusammenschluss eine Beschäftigungsgarantie für 21 000 Mitarbeiter

bis Herbst 2026 vereinbart. Rückendeckung bekam die IG Metall vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart. „Für uns war immer klar, dass eine Fusion nur auf Augenhöhe und mit gleichen Rechten und Pflichten für beide Partner Sinn macht“, sagte der FDP-Politiker in Düsseldorf. dpa

Atempause im Land der Erfinder

- ▶ Studie: Mittelstand fährt Forschungsausgaben zurück.
- ▶ Gute Auftragslage lässt weniger Raum für Innovationen.

In Deutschland setzen einer Studie zufolge zu wenige Mittelständler auf Innovationen. Zwar stieg zuletzt die Zahl der Firmen, die in neuartige Produkte oder Prozesse investierten, wie eine Studie der staatlichen Förderbank KfW zeigt. Doch der Anteil der innovativen Unternehmen am Mittelstand sei mit 27 Prozent von seinem Höchststand von 42 Prozent in den Jahren 2004/2006 weit entfernt. „Für die deutsche Wirtschaft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sind dies keine guten Nachrichten - schließlich spielen Innovationen eine große Rolle für Beschäftigung, Rendite, Umsatz und Produktivität“, sagt KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner.

Die Zahl der innovativen kleineren und mittleren Firmen stieg den Angaben zufolge in den Jahren von 2014 bis 2016 gegenüber der Periode 2013/2015 um gut 200 000 auf rund eine Million. Die Summe, die die Unternehmen für Marktneuheiten oder die Übernahme von Erfindungen und Ideen von Wettbewerbern ausgaben, sank

2016 allerdings auf 32,2 Milliarden Euro - 2015 waren es noch 36,7 Milliarden Euro.

Als Grund für die Zurückhaltung nannte die Mehrheit (54 Prozent) der nicht-innovativen Firmen, dass es derzeit keine Notwendigkeit für neuartige Produkte oder Prozesse gebe und diese auch keinen Nutzen brächten. Jedem fünften Unternehmen mangelt es nach eigenen Angaben zudem

an Ideen. Gründe könnten der KfW zufolge mangelndes Fachwissen und fehlende Kompetenzen der Belegschaft sein. Die gute Geschäftslage vieler Unternehmen könne zudem den Innovationsdruck mindern. Hinzu komme die seit einiger Zeit sinkende Zahl von Firmengründern, so die KfW. Junge Unternehmen sind den Angaben zufolge häufig innovativer als ältere Firmen. dpa



Labor bei Tesa: Unternehmen stecken insgesamt weniger Geld in die Entwicklung. dpa

Huawei will Nummer eins auf dem Weltmarkt werden

Der chinesische Smartphone-Hersteller Huawei drängt an die Weltspitze. „Unsere Ambition ist es, auf dem Weltmarkt die Nummer eins zu werden“, sagte Richard Yu, Chef des Konsumengeschäfts bei Huawei, dem Handelsblatt. Das Ziel ist mehr als ehrgeizig, denn bislang liegt sein Unternehmen auf Platz

drei. Doch Yu geht in die Offensive: „In zwei Jahren können wir möglicherweise bereits auf Rang zwei liegen.“

Der Chinese Yu setzt auf Technik und Marke. „Das Wichtigste für mich ist, dass wir die führende, revolutionäre Technologie haben.“ Mit jährlichen Ausgaben von 10,4 Milliarden

Euro für Forschung und Entwicklung zähle Huawei zu den forschungsstärksten Konzernen weltweit. Bei den neuen Geräten setzen die Chinesen auf künstliche Intelligenz, vor allem im Zusammenhang mit der Kamera. Diese bietet beispielsweise die Technik des deutschen Herstellers Leica.

Yu erwartet immer mehr Anwendungen von künstlicher Intelligenz. „In Zukunft wird die Kamera verstehen, wenn Sie etwas sagen“, ist der Huawei-Manager überzeugt. Eine große Hürde auf dem Weg an die Weltspitze sind die Probleme der Chinesen auf dem US-Markt, wo sie ausgebremst werden. HB

Deutsche Seehäfen haben weniger zu tun

Die deutschen Seehäfen spüren den Wettbewerbsdruck aus Rotterdam und Antwerpen und haben im vergangenen Jahr weniger Container umgeschlagen. Gegenüber dem Vorjahr ging der Umschlag um 0,5 Prozent auf 15,1 Millionen Standardcontainer (TEU) zurück, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) heute in Wiesbaden mit. Fast 95 Prozent entfallen auf die beiden Großhäfen Hamburg und Bremerhaven.

Baywa steigert Gewinn mit Immobilienverkauf

Deutschlands größter Agrarhandelskonzern Baywa hat seinen Gewinn durch den Verkauf seiner Konzernzentrale und bessere Geschäfte deutlich gesteigert. Der Umsatz legte um vier Prozent auf 16 Milliarden Euro zu, das Betriebsergebnis stieg um 18 Prozent. Unter dem Strich stand ein Gewinn von 67 Millionen Euro.

Facebook sperrt Datenhändler aus

Nach dem Skandal um Cambridge Analytica sperrt Facebook externe Datenhändler von seiner Werbepattform aus. Bisher werden zum Teil auch von Firmen wie Axiom oder Experian gesammelte Daten über Nutzer bei der gezielten Platzierung von Werbeanzeigen verwendet. Diese Funktion werde in den kommenden sechs Monaten abgeschaltet, kündigte Facebook an.

IT-Firma S&T peilt Milliarden-Umsatz an

Das österreichische IT-Unternehmen S&T setzt sich nach der Übernahme des Augsburger Computerbauers Kontron hohe Ziele. Der Umsatz solle nach einem Rekord 2017 im laufenden Jahr die Marke von einer Milliarde Euro knacken, kündigte das im Technologieindex TecDax gelistete Systemhaus heute an.

Tele Columbus steigert Umsatz und Gewinn

Deutschlands drittgrößter Kabelnetzbetreiber Tele Columbus hat seinen Umsatz im vergangenen Jahr dank neuer Internetanschlüsse um 4,2 Prozent auf knapp 497 Millionen Euro gesteigert. Der bereinigte Betriebsgewinn (Ebitda) kletterte um 6,2 Prozent auf fast 265 Millionen Euro. Im laufenden Jahr soll es dann zu 280 bis 290 Millionen Euro reichen.

Autoverband kritisiert Klimapläne der EU

Der Verband der Automobilindustrie hält die verschärfte Klimapolitik der EU-Kommission auch wegen der Dieselkrise für nicht erreichbar. Dabei geht es um die Verringerung des Kohlendioxid (CO₂)-Ausstoßes bis 2025. Ein solches verbindliches Ziel sei „technisch und wirtschaftlich kosteneffizient nicht erreichbar“, heißt es in einem nun vorgelegten Positionspapier.

Kern des Kommissions-Paketes sind schärfere Kohlendioxid-Grenzwerte für Autos bis 2030. Bis 2021 müssen die Hersteller die Fahrzeuge nach geltenden Regelungen so verbessern und sparsamer machen, dass neue Modelle im Flotten-Schnitt nur

noch 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen. Ab 2022 soll es dann bis 2030 noch einmal um 30 Prozent herunter gehen.

In dem VDA-Positionspapier heißt es, es könne heute nicht seriös abgeschätzt werden, wie sich der Markt für Elektrofahrzeuge tatsächlich entwickeln werde. Der Hochlauf hänge maßgeblich von ungewissen Faktoren wie Lade-Infrastruktur, den Steuersystemen in den Mitgliedstaaten, der Ölpreisentwicklung und anderen Größen ab. Eine „zusätzliche Anspannung“ resultiere aus dem Rückgang des Dieselmärkteils. Dies führe zu erhöhten Flottenemissionen bei den rein konventionellen Antrieben. dpa

Navi-Hersteller Tomtom sucht neue Eigner

Der niederländische Navi-Hersteller Tomtom sucht Finanzkreisen zufolge nach Käufern. Geprüft werde sowohl die Veräußerung eines Minderheitsanteils als auch der ganzen Firma, deren Börsenwert bei mehr als 1,7 Milliarden Euro liegt, sagten zwei mit der Sache vertraute Personen der Nachrichtenagentur Reuters. Nach der Meldung schossen die Tomtom-Papiere an der Amsterdamer Börse um mehr als

zehn Prozent in die Höhe. Tomtom erklärte, es habe keinen Berater für die Suche nach einem Käufer beauftragt. Das Unternehmen leidet unter dem scharfen Wettbewerb. Das Geschäft mit traditionellen Navigationsgeräten und Fitness-Uhren schrumpft. Große Hoffnungen setzt die Firma auf Technologien und Dienstleistungen rund um das autonome Fahren und das Management von Autofloten. rtr

Nissan und Renault vor Fusion

- ▶ **Autobauer sind bereits eng miteinander verbunden.**
- ▶ **Zusammen beschäftigten die Firmen 250 000 Mitarbeiter.**

Die bereits verbündeten Autobauer Renault und Nissan sprechen nach einem Medienbericht über eine komplette Fusion. Ziel sei ein neuer, gemeinsamer Konzern, berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg heute. Renault-Chef Carlos Ghosn, der bei beiden Unternehmen das Sagen hat, treibe das Vorhaben voran und wolle auch nach dem angestrebten Zusammenschluss an der Spitze des fusionierten Konzerns stehen. Entstehen soll ein neues Schwergewicht unter den Massenherstellern. Haken könnte es am Staatseinfluss: Die französische Regierung hat bei Renault ein wichtiges Wort mitzureden. Das Finanzministerium in Paris und Renault wollten sich nicht äußern. Bei Nissan hieß es, es würden keine Gerüchte kommentiert.

Berichte über ein komplettes Zusammengehen gibt es schon länger. Ghosn, der erst vor Kurzem eine Vertragsverlängerung als Renault-Vorstandschef



Neuwagen beider Marken vor einem französischen Renault-Werk. rtr

bis 2022 erhielt, hatte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Anfang März gab es in Medien Berichten, wonach Ghosn daran arbeite, den 15-prozentigen Anteil der französische Regierung von Renault herauszukaufen - was die Beteiligten als Spekulation abtaten.

Renault und der japanische Autobauer Nissan sind seit 1999 verbunden und arbeiten bei Technik und Einkauf eng zusammen. Renault hat derzeit einen Anteil von gut 43 Prozent an Nis-

san, Nissan besitzt 15 Prozent an Renault.

Zusammen sind die beiden Konzerne an der Börse mehr als 60 Milliarden Euro wert. Die Aktien von Renault kletterten in Paris nach Handelsbeginn zeitweise um mehr als acht Prozent auf den höchsten Stand seit mehr als einem Jahrzehnt. In Tokio war die Börse bereits geschlossen. Renault und Nissan beschäftigen zusammen weltweit mehr als 250 000 Mitarbeiter. dpa

Carsharing-Riese ist offen für Zukäufe

Daimler und BMW wollen das Carsharing-Geschäft nach der Zusammenlegung ihrer Sparten Car2Go und Drive now kräftig ausbauen. Dabei sei man für weitere Partner offen und erwäge auch Übernahmen, sagte Daimler-Finanzvorstand Bo-

do Uebber heute. „Wir wollen signifikant wachsen und sind in der Lage, größere Akquisitionen zu schaffen.“

Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer hält einen Zusammenschluss mit dem chinesischen Anbieter Cao Cao für möglich. Der gehöre zum

Geely-Konzern des größten Daimler-Aktionärs Li Shufu und sei in China mit zehn Millionen Kunden bereits erfolgreich. „Mobilitätsdienstleister werden durch Größenvorteile getrieben - und die findet man in China“, sagte der Wirtschaftsprofessor.

„Man kann sich also gut vorstellen, dass mit der Fusion Car2Go und Drive now vielleicht nur ein Zwischenschritt erreicht wurde, denn für Li Shufu könnte es sehr viel Sinn machen, die neue Gesellschaft mit Cao Cao zu vereinigen.“ dpa

Über einigt sich mit Familie des Unfallopfers

Die Hinterbliebenen der bei einem Unfall mit einem autonomen Auto in Arizona getöteten Frau haben mit dem US-Fahrdienst Uber einen Vergleich erzielt. Die Angelegenheit sei beigelegt, teilte ein Anwalt der Familie mit. Tochter und Ehemann der Verunglückten würden keine weiteren Erklärungen abgeben. Einzelheiten der Vereinbarung wurden nicht genannt. Bei dem Unfall war eine 49-jährige Frau getötet worden.

Volkswagen bietet bei Fahrverboten Rückkauf an

Wegen der Verunsicherung vieler Diesel-Käufer durch drohende Fahrverbote versuchen immer mehr Autobauer, ihre Kundschaft mit Rücknahme-Versprechen bei der Stange zu halten. Volkswagen kündigte heute für die Hauptmarke VW ein „Mobilitätsversprechen“ an. Damit können Autokäufer drei Jahre lang ihren Dieselwagen umtauschen, wenn am Wohnsitz oder Arbeitsort ein Fahrverbot eingeführt wird.

Innogy-Vorstand aus Krankenhaus entlassen

Der Innogy-Finanzvorstand Bernhard Günther hat dreieinhalb Wochen nach dem Säureanschlag auf ihn das Krankenhaus verlassen. Zum genauen Gesundheitszustand des Managers machte die Staatsanwaltschaft Wuppertal keine Angaben.



tr

Börse Chicago handelseinig mit Nex Group in London

Der weltweit größte Börsenbetreiber CME Group und sein britisches Übernahmeziel Nex Group sind sich handelseinig geworden. Die Chicago Mercantile Exchange Group (CME) bietet umgerechnet 4,5 Milliarden Euro, wie die Unternehmen heute in London mitteilten. Europäischer Hauptsitz des vereinten Konzerns soll trotz des Brexit London sein, wie Nex-Chef Michael Spencer sagte.

Thailand verschärft Regulierung von Kryptowährungen

Neue Regulierungsbemühungen in Asien haben Kryptowährungen heute unter Druck gebracht. Der Kurs des Bitcoins, der bekanntesten Digitalwährung, fiel am Morgen auf der Handelsplattform Bitstamp unter 7600 Dollar. Händler führten den Rückgang auf eine angekündigte härtere Gangart der Behörden in Thailand zurück. Man werde bereits im April neue Regeln für Kryptowährungen und sogenannte digitale Börsengänge (Initial Coin Offerings, ICO) einführen, um Investoren zu schützen, hieß es von Thailands Aufsehern.

Nächster Notenbanker deutet Strategiewende an

Die Europäische Zentralbank (EZB) kann aus Sicht des niederländischen Notenbankchefs Klaas Knot allmählich auf eine weniger expansive Geldpolitik umschwenken. Ein breit gestützter Aufschwung im Währungsraum und eine nachhaltige Kursänderung bei der Inflation verschafften den Währungshütern dazu den Spielraum, sagte Knot heute.

Softbank klopft bei Swiss Re an

- ▶ **Tech-Konzern verhandelt mit Rückversicherer.**
- ▶ **Einstieg könnte zehn Milliarden Dollar kosten.**

Der japanische Telekomriese Softbank treibt die Verhandlungen über einen Einstieg beim Schweizer Rückversicherer Swiss Re voran. „Der Verwaltungsrat von Swiss Re prüft nun mögliche strategische und finanzielle Implikationen einer etwaigen Partnerschaft; dabei stehen die Interessen des Unternehmens und seiner Aktionäre im Vordergrund“, erklärte der Rückversicherer heute.

Der Aktienkurs kletterte um drei Prozent auf 98 Franken. Zuvor hatte die Agentur Bloomberg berichtet, der japanische Konzern erwäge den Kauf von 25 Prozent der Anteile an

Swiss Re im Wert von 9,6 Milliarden Dollar. Die Gespräche drehten sich um einen Kaufpreis von 100 bis 105 Franken je Aktie.

Schon seit Wochen verhandeln Softbank und Swiss Re. Nach Investitionen in junge Technologie-Überflieger wie den Fahrdienst-Vermittler Uber wollen sich die Japaner zum größten Aktionär des über 150 Jahre alten Schweizer Konzerns aufschwingen. Ob es zu einer Einigung kommt, sei jedoch weiter ungewiss, erklärte der Rückversicherer. Auch die Gestaltung einer möglichen Transaktion sei offen. Swiss Re betonte einmal mehr, keine Kapitalerhöhung in Erwägung zu ziehen.

Neben Beteiligungen an Amazon-Konkurrenten Alibaba oder Sprint hat Softbank zuletzt auch den Versicherungssektor entdeckt. Der chinesische Internet-Versicherer



Swiss-Re-Zentrale in Zürich: Anleger honorieren die Gespräche über den möglichen neuen Investor aus Japan. rtr

ZhongAn und das US-Versicherungs-Start-up Lemonade kommen aber ebenfalls aus der Technologie-Ecke. Softbank-Chef Masayoshi Son hat hochfliegende Pläne. Der Milliardär will eine Gruppe aus branchenfüh-

renden Firmen aufbauen, die auf künstliche Intelligenz setzen. Analysten und Anleger rätseln, welche Pläne Son bei Swiss Re verfolgt und wie er den Anteil an dem Schweizer Konzern erwerben will. rtr

Cryan will mit „aller Kraft“ weiterarbeiten

Erstmals seit Beginn der Führungsdebatte in der Deutschen Bank hat sich Vorstandschef **John Cryan** zu Wort gemeldet.

„Leider geht es rund um unsere Bank alles andere als ruhig zu - einmal mehr sind wir in den Schlagzeilen“, schrieb er gestern Abend in

einem Brief an die Mitarbeiter. In den vergangenen Tagen habe er mit einigen der Mitarbeiter gesprochen und wisse um ihre Sorgen, dass die Gerüchte nicht gut für die Bank seien.

Die Unruhe bei der Deutschen Bank ist groß: Vergangene Woche wurde bekannt, dass Aufsichts-

ratschef Paul Achleitner die Fühler nach alternativen Kandidaten für die Unternehmensspitze ausstreckt.

Mit seinem internen Brief versucht Cryan, die Unruhe einzudämmen. „Ich möchte Ihnen daher versichern, dass ich mich weiterhin mit all meiner Kraft für die Bank einsetze und gemeinsam mit Ihnen den Weg weiter gehen möchte, den wir vor rund drei Jahren angetreten ha-

ben“, schreibt der Brite.

Cryan weiß, dass das ausbleibende Ertragswachstum eine schwere Hypothek für seine Amtszeit ist. Seine Mitarbeiter rief er allerdings dazu auf, nicht klein beizugehen. „Wir alle wissen, dass noch viel Arbeit vor uns liegt: Unsere Ziele sind ehrgeizig, aber die Zahlen sind noch nicht da, wo wir alle sie uns wünschen“, so Cryan. Die Bank und ihre Mitarbei-

ter müssten sich „weiter darauf konzentrieren, unsere mit dem Aufsichtsrat abgestimmte Strategie umzusetzen“, sagte er. „Hier gibt es keinen Dissens“, betonte der Deutsche-Bank-Chef. Diese guten Nachrichten sind dringend nötig, will die Bank wieder zur Ruhe kommen. Künftig werde der Fokus auf mehr Wachstum liegen, verspricht Bankchef Cryan in seinem Brief. Yasmin Osman



BÖRSE AKTUELL

Fusionsfantasien im Autosektor haben Europas Börsen vor dem langen Osterwochenende in Gang gebracht. Der Dax legte am Gründonnerstag bis zum Mittag um 0,8 Prozent auf 12 040 Zähler zu. Für Euphorie sorgte ein Medienbericht über ein mögliches Zusammengehen des französischen Autobauers Renault mit seinem japanischen Partner Nissan. Abseits des Sektors herrschte am letzten Handelstag des ersten Quartals Zurückhaltung. „Die Umsätze am deutschen Aktienmarkt sind insgesamt nicht nennenswert, niemand will sich groß aus dem Fenster lehnen“, fasste ein Börsianer zusammen. Insgesamt blieben Investoren zum Quartalsende aber vorsichtig: Die Monatsbilanz für März ist tiefrot.

HDax: Tops & Flops

Donnerstag, 29.3.2018
Veränd. z. Vortagesschluss

Nemetschek	+12,60 %
Medigene	+7,12 %
Evotec	+4,26 %
Dialog Semiconduct.	-3,05 %
Rocket Internet	-2,08 %
Isra Vision	-2,04 %

Indizes & Kennzahlen

	Aktuell	Vortag
FTSE 100	7072,91 Pkt.	7044,74
Nikkei	21159,08 Pkt.	21031,31
E-Stoxx 50	3354,79 Pkt.	3331,25
Umlaufrendite	0,31 %	0,29
Brentöl	68,27 US\$	68,83
Gold	1325,19 US\$	1325,06

HANDELSBLATT
Quelle: Bloomberg



SMALL TALK

Fall Kalinka: Stiefvater bleibt in Haft wegen Tötung der 14-Jährigen

Im Justizdrama um den Tod der 14-jährigen Französin Kalinka im Jahr 1982 bleibt deren deutscher Stiefvater Dieter K. in französischer Haft. Der Mediziner scheiterte heute mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Er sah durch das Verfahren in Frankreich sein Menschenrecht verletzt, nicht wegen derselben Sache zweimal vor Gericht gestellt zu werden. Der 82-Jährige verbüßt eine 15-jährige Haftstrafe wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Pariser Richter sahen es 2011 als erwiesen an, dass er seine Stieftochter vergewaltigen wollte und ihr eine tödliche Spritze verabreichte.

68 Menschen sterben bei Meuterei in Polizeistation

In Venezuela sind 68 Menschen bei einer Meuterei von Gefangenen in einer Polizeistation ums Leben gekommen. Dies teilten die Behörden des Landes in der Nacht zu



heute mit. Verzweifelte Familienangehörige versammelten sich vor der Polizeistation. Die Meuterei hatte gestern begonnen, als die Häftlinge einen ihrer Bewacher als Geisel nahmen und anschließend Matratzen in Brand setzten.

Nebelgranate vertreibt Geldautomaten-Sprenger

Mit einer Nebelgranate sind heute in Witten Räuber in die Flucht geschlagen worden. Die unbekannt Täter hatten in den frühen Morgenstunden versucht, einen Geldautomaten zu knacken. Wie die Bochumer Polizei mitteilte, schritten Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes ein und zündeten eine Nebelgranate.



Passau widmet Waldi ein Museum

Die Aufregung um das Dackelmuseum in Passau ist schon vor der Eröffnung am Montag groß. Die Initiatoren, Josef Küblbeck und Oliver Storz, können sich vor Anfragen kaum retten. Rund 2000 Dackel-Exponate haben sie gesammelt und in zwei Ausstellungsräumen humor- und liebevoll inszeniert. An der gläsernen Eingangstür bleiben Passanten stehen und versuchen einen Blick ins Innere zu erhaschen. Das Tourismusbüro der Stadt hat das Museum in seine Broschüren aufgenommen. Beim Konditor gibt es Dackelpralinen, beim Italiener eine Dackelpizza - belegt mit Würstchen. Die Dackelmuseumsgegner allerdings empören sich. Sie schimpfen, das Museum sei Unsinn und habe mit Kultur nichts zu tun. dpa

Neues Sprengstoffpaket gefunden

- ▶ In Berlin und Umland tauchen gefährliche Sendungen auf.
- ▶ Ob ein Serientäter dahinter steckt, ist noch unklar.

In Berlin ist erneut ein Päckchen mit Sprengstoff und einer Zündvorrichtung entdeckt worden. Ein Polizeisprecher sagte, bei einer Explosion hätten Menschen verletzt werden können. Spezialisten der Kriminalpolizei entschärfen den kleinen Sprengsatz heute Vormittag im Stadtteil Kreuzberg. Ob es einen Zusammenhang mit den im Dezember in Potsdam und im Januar in Berlin-Steglitz aufgetauchten gefährlichen Päckchen gab, war laut Polizei zunächst noch unklar.

Das etwa 15 mal 15 Zentimeter große Päckchen lag heute Morgen in einem Brief-

kasten der Handwerkskammer. Eine Mitarbeiterin öffnete es, sah Drähte und alarmierte die Polizei. Die Umgebung wurde abgesperrt und das Päckchen gesprengt. Da es nicht sehr groß gewesen sei, habe man nicht mit einer großen Explosion rechnen müssen, hieß es. In ihm befand sich „pyrotechnisches Material“, also möglicherweise Schwarzpulver, das aus Feuerwerkskörpern stammt. Schwarzpulver explodiert mit weit weniger Wucht als Plastiksprengstoff oder Dynamit und ist deswegen auch nicht so gefährlich. Die Kripo untersucht nun, ob sich Fingerabdrücke, DNA-Spuren oder andere Hinweise finden lassen, um einen Absender zu identifizieren. Allerdings war die Suche nach dem Täter bei früheren Vorfällen bislang erfolglos.

Am 12. Januar war in einer Bankfiliale in Berlin-Steglitz ein verdächtiger Versandum-

schlag im DIN-A4-Format mit einer Zündvorrichtung und vermutlich Schwarzpulver aus Feuerwerkskörpern aufgetaucht. Auch dort entschärfte die Polizei die Vorrichtung.

In Potsdam war am 1. Dezember 2017 in der Nähe des Weihnachtsmarktes eine Paketbombe in einer Apotheke abgegeben worden. In der Sendung entdeckten die Ermittler neben einem sogenannten Polenböllern auch Batterien und eine Metalldose voller Nägel sowie einen verschlüsselten Erpresserbrief. Damit sollten von dem Paketdienstleister DHL mehrere Millionen Euro erpresst werden. Die Brandenburger Polizei kann nicht beurteilen, ob es in dem heutigen Fall eine Verbindung zu der DHL-Erpressung gibt. „Wir wissen von dem Fund in Berlin“, sagte ein Sprecher des Brandenburger Polizeipräsidiums. Man müsse aber weitere Erkenntnisse abwarten. dpa

SPORT-TICKER

Fehler entdeckt: Nach dem versenkten Erfolg von Lewis Hamilton beim Formel-1-Auftakt in Australien wegen einer Computer-Panne hat Mercedes den Fehler identifiziert. Hamiltons siegreicher Rivale Sebastian Vettel hatte am Sonntag in Melbourne von Startplatz drei aus



zwei Positionen durch eine virtuelle Safety-Car-Phase, in der die Autos eingebremst werden, gutgemacht. Die

Mercedes-Rennstrategen waren davon ausgegangen, dass Hamilton nach Vettels Boxenstopp genug Vorsprung haben würde, um wieder die Führung übernehmen zu können.

Trainer entlassen: Überraschend haben sich die Basketballer des FC Bayern München von ihrem Coach Sasa Djordjevic getrennt. Wie der Bundesliga-Spitzenreiter mitteilte, wurde der Serbe heute von seinen Aufgaben als Cheftrainer freigestellt. Die Vorbereitung auf das Bundesligaspiel am Samstag in Oldenburg übernimmt Assistent Emir Mutapcic.

Besuch abgestattet: IOC-Präsident Thomas Bach (li.) ist für einen dreitägigen Besuch nach Nordkorea gereist. Am Flughafen in Pjöngjang wurde er von Sportminister Kim Il Guk (re.) und Jang Ung, Mitglied des Nordkoreanischen Olympischen Komitees, in Empfang genommen. Bach hatte zum Abschluss der Olympischen Winterspiele in Südkorea erklärt, dass das IOC den Dialog mit Nordkorea fortsetzen werde.

